

Solche Positionen sind plakativ und naiv

Erwiderungen auf die Zuschriften zur Nato-Nachrüstung: „Das Böse in der Welt ist klar lokalisiert“, FR-Forum vom 19. Juli

Wir sind auf Austausch angewiesen

„Das Böse in der Welt ist klar lokalisiert“, das ist der Tenor der Leserbriefe von Bernd Knierim und Norbert Wilden. Ganz sicher haben beide Schreiber recht mit ihrer Kritik an der Nato und am Verhalten westlicher Staaten. Der Unterschied zu Russland ist, dass Kritik hierzulande erlaubt und in Leserbriefen wie diesen veröffentlicht wird, ohne dass Konsequenzen zu befürchten sind. Niemand, auch kein Staat, macht alles richtig. Wir sind alle auf Auseinandersetzungen angewiesen. Schlimm ist, wenn in einer „Blase“ oder in einer Diktatur keiner wagt, den anderen zu kritisieren. In diesem Sinne: Danke an beide kritische Stimmen.
Anne Soll, Lahnu

Putin regiert Russland wie ein Mafiaboss

So langsam platzt mir die Hut-schnur, wenn ich immer wieder Leserbriefe mit diesem Tenor lese: Aufzählungen des langen (richtigen, aber nicht mal vollständigen!) Sündenregisters des Westens, besonders der USA, um dann im Leserbrief Trautvetter die Quintessenz zu lesen „Nur Diplomatie kann uns retten.“ Jetzt machen wir uns doch mal ehrlich: Wir (ich bin Jahrgang 1949) hatten die Chance, in der Bundesrepublik aufzuwachsen, wo wir gleichzeitig amerikanischen Jazz, Bee Gees oder Bob Dylan hören und mit Überzeu-

gung (und zu Recht!) gegen den Vietnamkrieg demonstrieren konnten. Wir waren die erste Generation, die nach Belieben auf Reisen die Welt erkunden konnte, noch bevor es Massentourismus gab. Wir konnten lernen und studieren, was wir wollten, und unsere Berufe frei wählen. Haben wir das nicht gemessen? Wie wäre es gewesen, wenn wir auf der anderen Seite des Eisernen Vorhang aufgewachsen wären? Nichts mit westlicher Musik, nichts mit Demonstrieren (außer auf Geheiß der Partei), nichts mit Reisen, keine Studienplätze für Kirchgänger oder Kriegsdienstverweigerer. Und ja, die Rote Armee hat die Hauptlast des Zweiten Weltkrieg getragen und den größten Anteil am Sieg über Hitlers Armeen. Aber was wäre ohne D-Day gewesen? Das Sowjetimperium hätte sich bis zum Atlantik ausgebreitet, die europäische Geschichte hätte ganz anders ausgesehen. Wir hätten die genannten Chancen nicht gehabt.

Was mit der Nomenklatura der KPdSU in den 70er und 80er Jahren ostpolitisch möglich war, nämlich in zähen diplomatischen Verhandlungen Frieden und Sicherheit zu befördern, ist mit einem Putin eben nicht möglich. Er regiert Russland wie ein Mafiaboss, dessen einzige Ziele sind, seine Macht zu erhalten und möglichst weit auszudehnen. Er hält sich an keine internationalen Rechte und Gesetze, an keine von ihm selbst gemachten politischen

Zusagen, er lässt Kriegsverbrechen begehen und verheizt täglich hunderte junge Männer in einem sinnlosen Krieg. Verhandlungen werden von ihm als Zeichen der Schwäche verstanden. Ich hätte nie gedacht, dass ich auf meine alten Tage noch für Waffenlieferungen und Aufrüstung bin, aber „Nur Diplomatie kann uns retten“ ist eine Alternative, die (leider!) plakativ und naiv daherkommt.
Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Putin braucht einen großen Sieg

Wolfgang Seibts Frage, warum Putin warten sollte mit einem Angriff auf Nato-Gebiet und auf Deutschland, bis wir verteidigungsfähig sind, halte ich leider für sehr berechtigt. Er wird das nur tun, wenn er in der Ukraine dazu gezwungen wird. Russland ist nicht unendlich groß und hat rund 140 Millionen Einwohner. Dazu kommt ein demografisches Problem, das, da keine Zuwanderung, sicher nicht zu unterschätzen ist. Putin braucht einen großen Sieg, sonst hat er die Zukunft seines Landes ruiniert. Das können die Trümmerhaufen im Donbass oder auf der Krim kaum sein. Die Geschichte wäre auch bei einem Waffenstillstand jetzt kaum vorbei. Putin steht unter Zeitdruck, wenn er vor Erreichen der Verteidigungsfähigkeit hier sein will. hans via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/f20240717

Ein Ziel für russische Präventionsschläge

Nato-Gipfel: „Alarmbereitschaft und Abschreckung“, FR-Tagesthema vom 12. Juli

Man kann sich dieser Logik kaum entziehen

Angesichts der Menschheitsprobleme Klimawandel und Ressourcenraubbau kann man/frau die Aufrüstung der Nato nicht begrüßen. Der Abschreckungslogik, nach der diese Raketen stationiert werden sollen, kann man/frau sich in der gegebenen Lage aber auch nicht entziehen. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der Ukraine beruht wesentlich auf den krassen Fehleinschätzungen der tatsächlichen militärischen Fähigkeiten – sowohl der eigenen Russlands als auch der der Ukraine. Die russische Regierung ist offensichtlich nicht fähig, aus ihren politischen und militärischen Fehlspekulationen die vernünftige und naheliegende Konsequenz zu ziehen, ihr militärisches Abenteuer in der Ukraine zu beenden. Deshalb wäre es die deutlich riskantere Wette, darauf zu setzen, dass Putin sich künftig in seinen Expansionsphantasien zurückhalten wird.
Hans Möller, Frankfurt

Es war einmal die Kuba-Krise

Fast alle Kriege entwickeln über Medien, Feindbilder, geschürte Ängste, Propaganda, Worst-Case-Spekulationen und zunehmendem Hass eigene Dynamiken auf allen Seiten. Zunächst ging es um

Schutzhelme, medizinische Hilfen, Minenräumen und eindeutige Abwehrwaffen. Doch schon bald wurden die Waffenlieferungen umfangreicher und immer offensiver: Gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, Drohnen, Raketen, Flugzeuge. Gleichzeitig eskalierten auch die Einsatz- und Zerstörungs-Szenarien. Hatten die Verantwortlichen „Eskalation“ nicht ausgeschlossen? Nun wird von den USA beschlossen, Langstrecken-Marschflugkörper und neu entwickelte Überschallwaffen in Deutschland zu stationieren, die atomar bestückt werden können. Soll dies keine neue Eskalation sein?

Wir werden hinter die Zeiten und Gefährdungen zurückgeworfen, die seit der Kuba-Krise ein Eskalations-No-Go der Großmächte sind. Und unsere Verantwortlichen (Scholz, Pistorius) wollen uns tatsächlich versichern, dies würde „kein neues Wettrüsten auslösen“. Die Wahrheit stirbt im Krieg als erstes – auf allen Seiten. Wo sind die Politiker, die noch in der Lage sind, diese Eskalationsspirale wieder zurückzudrehen?
Kurt Lennartz, Aachen

Immer kürzere Vorwarnzeiten

Man fühlt sich zurückversetzt in die Raketen-Eskalationen der 80er Jahre, die das Risiko eines

Atomkrieges durch immer kürzere Vorwarnzeiten steigerten. Damals konnten die landgestützten Mittelstreckenraketen wegverhandelt werden, und dank Gorbatschow folgte die deutsche Wiedervereinigung.

Wenn Raketen in Deutschland stationiert werden, die bis zum Ural reichen, sind sie Ziele von Präventionsschlägen. Stellt man sich einen greisen bzw. jähzornigen Präsidenten auf der einen Seite und einen skrupellosen Präsidenten auf der anderen Seite vor, macht die Raketenstationierung unsere Situation in Europa sehr gefährlich. Wir müssen wieder zu Verhandlungen und Abrüstungsverträgen kommen. Wilfried Lietzau, Bremen

Einseitig von den USA gekündigt

Die Kriegspropaganda mit ihrer Einteilung der Welt in Gut (Nato) und Böse (Russland) wird jetzt auch von der FR wiedergegeben. Aber bei den Fakten sollte auch ein kriegsbegeisterter Leitartikel bleiben: Die großen Abrüstungsverträge ABM und INF, die zusammen mit dem noch gültigen START das Wettrüsten eingrenzten und Europa sicherer gemacht haben, wurden beide einseitig von den USA aufgekündigt.
Roland Hain, Bonn

Diskussion: frblog.de/nato-ruetzung



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240724

Erst denken, dann reden

Kolumne: „Die bitteren Fragen“, FR-Meinung vom 11. Juli

Die erste der bitteren Fragen lautet: „Kann Demokratie Klimaschutz?“ Ich gestatte mir, diese Frage etwas anders zu formulieren: Können gewählte politische Vertreter Klimaschutz (veranlassen)?

Eine ergänzende Frage lautet: Können Kapitalisten Demokratie? Oder anders gefragt: Sind Demokratie und Kapitalismus kompatibel? Diverse Beispiele belegen, dass dies nicht der Fall ist. Jedenfalls beuten Kapitalisten Demokratie aus, statt mit einer demokratischen Haltung Geschäfte zu machen. Die Ursache der Misere ist also nicht in der Demokratie zu suchen, sondern bei den Kapitalisten.

Angeblich wollen Mehrheiten keine Klimapolitik und eine Begrenzung der Migration. Die politischen Parteien richten sich mehr und mehr danach, indem sie Migration, eher noch Migrant*innen Übles nachreden und Klimapolitik vermeiden, weil sie angeblich der Wirtschaft schade. Aber es ist doch nicht neu, dass Regierungen Politik gegen Bürgerinnen und Bürger machen. Der Unterschied besteht darin, dass Klimapolitik raffgierigen Konzernen und dem Boulevard, allen voran der sogenannten Zeitung mit den dicken Balken, nicht in den Kram passt.

Würden Grüne und SPD auf richtigere und menschlichere Politik machen, was Klima- und Sozialpolitik einschließt, würden sie dafür womöglich abgewählt. Ja und? Ein Besinnen auf ihre eigentlichen Werte in der Opposition würde ihnen bestimmt gut tun. Und wir Wählerinnen und Wähler stünden vor der bitteren Frage: Sind Hyperkonsum, Angst vor sogenanntem Wohlstandsverlust und gern geschürte Sicherheitsängste mit Demokratie vereinbar?

Wir sollten uns als Demokratinen und Demokraten mehr vertrauen, indem wir darüber nachdenken – kein überflüssiges Moralien, keine Strategie, nur nachdenken und vielleicht mit anderen darüber diskutieren.
Robert Maxeiner, Frankfurt

Öffentlich angesprochen

Musk: „Der große Raketenmann“, FR-Feuillton vom 18. Juli

Die im Artikel dargestellten Allmachtsbestrebungen, Drohgebärden und bei den US-Republikanern willkommene politische Unterstützung durch Elon Musk sind beängstigend. Ich kenne weder „X“ noch El Hotzo, und der Kommentar des Satirikers kann durchaus kontrovers diskutiert werden. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass in diesem Kommentar etwas öffentlich ausgesprochen hat, was Tausende gedacht haben.
Renate Graf, Berlin

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Juristen Klaus Stähle über sein Buch „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriellen“. **Donnerstag, 25. Juli, 19 Uhr DenkBar Spohrstraße 46a, Frankfurt**